

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Rene Dierkes

Abg. Dr. Alexander Dietrich

Abg. Ralf Stadler

Abg. Tim Pargent

Abg. Martin Scharf

Abg. Horst Arnold

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

**Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)**

**Freiheit und Privatsphäre schützen - Recht auf Bargeld im Grundgesetz verankern (Drs. 19/5959)**

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich noch einmal darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu diesem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist der Abgeordnete Rene Dierkes für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben das Wort.

**Rene Dierkes (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir leben in einer Zeit, in der Freiheit, Selbstbestimmung und Privatsphäre zunehmend unter Druck geraten, nicht etwa durch äußere Feinde, sondern durch ein technokratisches Kontrollstreben im Inneren, das sich schlechend, aber zielgerichtet in unsere Lebensrealität hineinfräst. Ein besonders perfides Beispiel dafür ist der schleichende Angriff auf unser Bargeld. Mit unserem Antrag fordern wir also nichts weniger als den Schutz einer der letzten Bastionen individueller Freiheit – das grundgesetzlich verankerte Recht auf die uneingeschränkte Nutzung von Bargeld.

Warum? – Weil Bargeld weit mehr ist als nur eine Zahlungsform. Es ist gelebte Anonymität, Schutz vor Überwachung und nicht zuletzt ein Ausdruck bürgerlicher Souveränität, zudem ein Schutz vor sofortigem Wertverfall. Man denke etwa an die Transaktionsgebühren bei Händlern für EC-Karten-Käufe.

Die EU arbeitet längst an einer vollständigen Digitalisierung des Zahlungsverkehrs. Der sogenannte digitale Euro, aktuell als Ergänzung zum Bargeld schmackhaft ge-

macht, ist in Wahrheit ein trojanisches Pferd. Schon seit Jahren erleben wir eine systematische Verdrängung des Bargeldes. Das hat mit der Abschaffung des 500-Euro-Scheins und der Ausweispflicht bei Barzahlungen begonnen, die laufend verschärft wurde. Es gibt Obergrenzen für Bargeldgeschäfte. Bei vielen Händlern kann man noch nicht einmal mehr mit Bargeld bezahlen.

(Tim Pargent (GRÜNE): Wo denn? Bei Amazon oder wo?)

Die Zahl der Geldautomaten sinkt zudem drastisch. Und all das geschieht nicht auf Wunsch der Bürger, wie es etwa ein Kollege der CSU im Ausschuss meinte. Nein, ganz im Gegenteil. 93 % der Menschen in Deutschland wollen laut Bundesbankstudie selbst entscheiden, ob sie bar oder digital bezahlen. Aber der politische Wille der Bevölkerung interessiert die Eliten in Brüssel oder Berlin bekanntlich nur, wenn er mit ihrer eigenen Agenda konform geht. In Wahrheit geht es nämlich hier um Kontrolle.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Ein vollständig digitaler Zahlungsverkehr bedeutet, dass jeder einzelne Kauf, jede Überweisung, jede Bewegung des Bürgers nachvollziehbar wird – in Echtzeit, automatisiert und zentralisiert. Was bleibt dann noch von der Privatsphäre übrig? – Natürlich nichts.

Der digitale Euro wird programmierbar sein. Das heißt konkret: Der Staat oder die Notenbank könnten in Zukunft bestimmen, wofür, wann und wie lange die Bürger ihr eigenes Geld überhaupt noch ausgeben dürfen. Konsum nur bei zertifizierten Händlern. Das ist alles denkbar und in der technischen Infrastruktur bereits angelegt. Unser Antrag zielt daher auf eine Ergänzung von Artikel 14 des Grundgesetzes.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Eigentum bedeutet auch, über sein Geld frei zu verfügen und, wenn es nach uns geht, auch in bar zu zahlen, wenn das der Bürger möchte. Wir wollen diesen Bürger verfassungsrechtlich absichern. Bargeld soll wieder das sein, was es laut einfachem

Gesetz ohnehin schon ist: das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel. Wir fordern daher ein Verbot der Bargeldverknappung, ein Verbot der Einschränkung von Bargeldnutzung zu Geschäfts- oder Sparzwecken, und schließlich fordern wir eine klare gesetzliche Verpflichtung zur Annahme von Bargeld. Damit stellen wir uns gegen die stillschweigende Bargeldabschaffung und positionieren uns für die Freiheit der Bürger.

Uns wird immer wieder erzählt, Bargeld sei ein Werkzeug der Kriminalität. Das ist ein Einwand, der so alt wie durchschaubar ist. Kriminelle nutzen das Internet. Wollen wir daher das Internet abschaffen? Terroristen telefonieren. Wollen wir das Telefon abschaffen? Und ein Kollege von der CSU, Karl Straub, wurde 2021 wegen Betruges verurteilt. Wollen wir deswegen die CSU abschaffen?

(Beifall bei der AfD)

Die Wahrheit ist: Dieser Generalverdacht gegenüber Bargeldnutzern ist nichts weiter als ein Vorwand zur Einführung totaler Kontrolle über die Finanzströme der Bevölkerung.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Dremel (CSU))

Hinsichtlich der aktuellen Berichterstattung wirft sich für mich ohnehin die Frage auf: Wenn der Kultusstaatsminister der Bundesregierung beim Tegernsee-Treffen mit seinen Kabinettskollegen über die Firma seiner Frau verkauft, zahlen die Kunden dann alle in bar? – Das bezweifle ich. Sicherlich zahlen sie mit Karte oder per Überweisung. Es ist daher nur schwer nachzuvollziehen, wie Sie einerseits die Bürger durch immer weitere sinnlose Einschränkungen und Gängeleien kriminalisieren und belästigen und andererseits Ihre Regierungskollegen die große Amigo-Sause feiern. Den Regierenden gehört auf die Finger geschaut und nicht den hart arbeitenden Bürgern.

(Beifall bei der AfD)

Es ist die Aufgabe des Bayerischen Landtags, die Grundrechte unserer Bürger zu verteidigen – nicht nur dann, wenn es bequem ist, sondern gerade dann, wenn sie unter Druck geraten, und das Bargeld steht heute unter massivem Druck, und zwar von der EU-Kommission bis zur EZB, von Bankeninteressen bis zur Digitalindustrie. Deshalb fordern wir Sie auf, mit uns gemeinsam ein starkes Zeichen zu setzen – für die Freiheit, für die Eigentumsgarantie, für den Schutz der Privatsphäre und schließlich für die Wahlfreiheit beim Bezahlen.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Alexander Dietrich für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Dr. Alexander Dietrich (CSU):** Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dierkes, was Sie hier machen, ist wirklich schäbig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf von Abgeordneten der AfD: Oh!)

Sie reihen hier Halbwahrheiten und Unwahrheiten aneinander. Sie schüren Ängste in der Bevölkerung, die völlig unberechtigt sind. Niemand hier, keiner von den demokratischen Parteien hat gefordert, dass Bargeld abgeschafft wird. Das ist völliger Unsinn. Niemand fordert das. Auch die EU fordert das nicht, und auch die EZB fordert das nicht.

(Beifall bei der CSU)

Auch ein digitaler Euro bedeutet nicht, dass Bargeld abgeschafft wird. Bargeld ist und bleibt das gesetzliche Zahlungsmittel, und dazu stehen wir auch. Aber wem nutzt es denn, wenn man dem folgen würde, was die AfD hier fordert? Eine völlig grenzenlose, uneingeschränkte Nutzung von Bargeld? Wem nutzt das? – Sie nutzt den Geldwäschern, den Hehlern, der Mafia, den Drogenbossen, den Steuerhinterziehern, den Zuhältern, dem illegalen Glücksspiel.

(Tim Pargent (GRÜNE): So ist es!)

Das sind alles Geschäfte, die mit Bargeld abgewickelt werden. Wir waren gerade letzte Woche in Italien und haben uns mit Anti-Mafia-Staatsanwälten unterhalten. Deutschland ist, weil es immer noch sehr bargeldaffin ist, insbesondere für die italienische Mafia ein Rückzugsort, wo Bargeldgeschäfte getätigt werden. Also, Bargeld unbegrenzt zu nutzen, geht nicht; denn das fördert die Organisierte Kriminalität, und es hilft dem Otto Normalverbraucher nicht.

(Matthias Vogler (AfD): So ein Quatsch!)

Wenn Luxusjachten, Immobilien unbegrenzt bar bezahlt werden können, ist illegalen Geschäften Tür und Tor geöffnet. Der Normalbürger kommt doch gar nicht auf die Idee, ein Auto, ein Luxusauto bar zu bezahlen.

(Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Er kommt auch nicht auf die Idee, ein Haus bar zu bezahlen. Aber wer weiterhin sein Bargeld zu Hause haben will, der soll es bitte tun. Der muss dann halt nachweisen, wenn er es bei einer Bank einzahlt, woher er es hat. Aber der Mafioso wird das nicht tun.

Also, wir wollen weiter die uneingeschränkte Nutzung des Bargeldes als Zahlungsmittel haben. Aber die uneingeschränkte Nutzung, wie Sie sie fordern, ist völlig unverantwortlich und nutzt nur, wie ich es bereits ausgeführt habe, der Organisierten Kriminalität. Wir werden diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Kommt noch eine Intervention?

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Nein, nein. Moment. – Doch! – Ich habe gedacht, Sie haben nur eine Kunstpause gemacht und habe nicht bemerkt, dass Sie mit Ihrer Rede zu Ende sind.

**Dr. Alexander Dietrich (CSU):** Nein, mehr gibt es dazu nicht zu sagen.

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Für eine Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Ralf Stadler für die AfD-Fraktion das Wort.

**Ralf Stadler (AfD):** Sehr geehrter Herr Kollege, was nutzt Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel, wenn zum Beispiel beim Autokauf die Autofirma die Bargeldannahme verweigert? Es funktioniert schon zum Teil gar nicht mehr, weil die großen Konzerne das praktisch gar nicht mehr annehmen. Oder gehen Sie mal ins Hotel. Wenn Sie eine Übernachtung mit Bargeld bezahlen möchten, geht das gar nicht mehr. Aber Sie sagen, das sei gewährleistet. Das stimmt gar nicht. Es ist eine schleichende Bargeldabschaffung. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Wie erklären Sie sich das?

**Dr. Alexander Dietrich (CSU):** Sind Sie fertig mit Ihrer Frage? – Ich antworte gerne darauf: In Deutschland und in Europa gilt die Vertragsfreiheit. Jeder kann entscheiden, welches Zahlungsmittel er annimmt und welches nicht. Wenn ein Autohändler sagt, er akzeptiert keine Barzahlung, dann ist festzustellen, er akzeptiert keine Barzahlung. Gehen Sie einfach zu einem Autohändler, der Barzahlung akzeptiert. Es gibt sicher noch genug; aber das ist Vertragsfreiheit.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön. – Nächster Redner ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Kollege Tim Pargent. Sie haben das Wort.

**Tim Pargent (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Was wir mit diesem Antrag erleben, ist ein typisches AfD-Gebaren aus Angstmacherei auf der einen Seite und dem Verbreiten von Verschwörungstheorien auf der anderen Seite, insbesondere – und das hat der Vorredner der AfD getan – wenn hier von der totalen Überwachung, die angeblich drohe, gesprochen wird.

Ich will nicht zu sehr auf die Bargelddebatte eingehen, weil mein Vorredner von der CSU sehr profund auf die Thematik der Organisierten Kriminalität eingegangen ist.

Ich stelle aber fest: Geldpolitik ist europäische Zuständigkeit. Deswegen können Sie schon solche Sachverhalte in das Grundgesetz schreiben, es hat dort nur nicht so viel Wirkung.

Ich stelle außerdem fest: Bargeld hat in der EU Verfassungsrang. Artikel 128 der Europäischen Verträge legt fest, dass Bargeld ausgegeben wird. Das kann nur einstimmig geändert werden. Initiativen hierzu sind mir völlig unbekannt. Der EuGH legt diesen Artikel 128 so aus, dass Mitgliedstaaten das Bargeld nicht abschaffen oder zu stark einschränken dürfen. Nach all diesen Feststellungen frage ich mich: Warum stellen Sie diesen Antrag? – Ich meine, es geht Ihnen um die Verschwörungstheorien, die Sie rund um das Bargeld verbreiten.

Sie leben in einer Welt, in der jeden Moment die totalitäre Diktatur eingeführt wird. Erinnern wir uns daran, wie uns allen der UN-Migrationspakt angeblich die Freiheit nahm? – Nein, weil es – anders als Ihre Vorsitzende Ebner-Steiner im Jahr 2018 noch behauptet hat – nicht passiert ist. Dann kam Corona und Söders angeblich virokratisches Regime, die absolute Machtergreifung, die nicht mit der Pandemie enden werde, hieß es. Das ist ebenfalls nicht eingetreten. Heute geht es nicht zum ersten Mal um eine Verschwörung betreffend die Abschaffung des Bargelds.

Im Jahr 2023 hat Frau Ebner-Steiner die Sichtweise der AfD-Fraktion dazu dargestellt: Die EU wolle durch die endgültige Bargeldabschaffung die Freiheit abschaffen. Von der totalen Kontrolle über das Eigentum der Deutschen war die Rede. Das ist mehr als Angstmacherei. Sie verbreiten hier Verschwörungserzählungen, die übrigens im Kern antisemitisch sind, oder wen meint Frau Ebner-Steiner, wenn sie immerfort von der totalen "One World" spricht? Es handelt sich um einen Begriff, der direkt aus der Verschwörungserzählung der neuen Weltordnung stammt.

Wenn man den Reden der AfD hier im Plenum zuhört, kommt man sich manchmal wie in einem QAnon-Forum vor. Wie gefährlich diese Verschwörungserzählungen der AfD werden können, ist bereits bewiesen. Als die AfD-Bundestagsabgeordnete Malsack-

Winkemann mit anderen Verschwörungstheoretikern in den Tunneln des Bundestags nach Beweisen für die sogenannte Adrenochrom-Farmen im Sinne der QAnon-Verschwörung gesucht hat, ist dies deutlich geworden.

(Lachen bei der AfD)

Später baute sie darauf die Putschpläne der Prinz-Reuß-Verschwörung auf. Die designierte Justizministerin Malsack-Winkemann, die diese Verschwörung betrieben hat, war Mitglied der AfD im Bundestag.

(Widerspruch und Lachen bei der AfD)

Darüber lachen sie. Heute sitzt sie in U-Haft und steht vor Gericht, und das zu Recht.

(Widerspruch bei der AfD)

Sie erzählen von angeblichen Verschwörungen. Die einzigen Umsturzpläne betreiben Ihre Leute in Ihrer Partei und in Ihrem Umfeld. Solange Sie hier Ihre Verschwörungstheorien verbreiten, werde ich in der Bargelddebatte nicht ernsthaft mit Ihnen diskutieren.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Kollege Martin Scharf. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Martin Scharf (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir lehnen den AfD-Antrag zur Verankerung des Rechts auf Bargeld im Grundgesetz ab. Wir tun das nicht, weil wir Bargeld geringschätzen, sondern weil der Antrag ein Problem beschreibt, das es so nicht gibt, und weil er verfassungsrechtlich ins Leere läuft.

Bargeld gehört zu unserem Alltag, und viele Menschen nutzen es gern. Wer bar zahlen will, soll das auch in Zukunft können, und daran besteht in diesem Haus kein Zweifel. Genau deshalb ist der vorliegende Antrag überflüssig; denn weder der Bund noch die Europäische Zentralbank planen eine Abschaffung des Bargeldes. Auch die Einführung eines digitalen Euros ist ausdrücklich als Ergänzung gedacht, nicht als Ersatz.

Es soll ein Schutz ins Grundgesetz geschrieben werden, obwohl das Schutzgut gar nicht bedroht ist. So wird eine Gefährdung suggeriert, die es in der Realität nicht gibt. Die AfD arbeitet hier erneut nach einem bekannten Muster: Es werden Ängste befeuert, dann wird eine vermeintliche Rettung angeboten. Wenn im Antrag von Verknappung und Einschränkung physischer Zahlungsmittel die Rede ist, dann klingt das dramatisch; aber es bleibt ohne Beleg.

Ja, es gibt weniger Geldautomaten als früher, weil sich das Zahlungsverhalten verändert und Banken darauf reagiert haben. Doch das ist keine staatliche Bargeldpolitik, sondern vor allem Markt- und Nachfrageentwicklung. Wer daraus eine angeblich geplante Abschaffung konstruiert, verdreht Ursache und Wirkung.

Hinzu kommt ein weiterer zentraler Punkt, der in den Ausschüssen klar wurde: Selbst wenn man die Forderung der AfD für sinnvoll hielte – ich tue das nicht –, würde eine Grundgesetzänderung praktisch nichts bewirken. Währung und Status gesetzlicher Zahlungsmittel werden in der Eurozone europäisch geregelt, und kein bayerischer oder auch deutscher Verfassungstext kann daran vorbei eine Regelung treffen. Der Antrag gaukelt also eine Sicherheit vor, die er rechtlich gar nicht liefern kann. Das ist kein verantwortungsvoller Umgang mit dem Grundgesetz.

Außerdem sollten wir nicht so tun, als gäbe es bei Bargeld keinerlei legitime Regelungsfragen. Wenn der Staat Geldwäsche bekämpft, wenn er Schwarzarbeit eindämmt und wenn er Terrorfinanzierungen erschwert, dann ist es nachvollziehbar, dass er bei extrem hohen Bargeldsummen genauer hinschaut oder Obergrenzen setzt. Diese Re-

geln richten sich nicht gegen den normalen Bürger, wie auch mein Vorredner dargelegt hat, sondern gegen kriminelle Strukturen, die gerade Bargeld wegen seiner schweren Nachverfolgbarkeit missbrauchen.

Wer in der Realität sieht, wie Immobilienkaufpreise aus Koffern bezahlt werden, der weiß, warum es hier klare Leitplanken braucht und warum eine absolute schrankenlose Bargeldgarantie der falsche Weg wäre. Ich sage es noch einmal ausdrücklich: Wir brauchen beides: Wahlfreiheit und Ordnung. Die Menschen sollen selbst entscheiden können, ob sie bar oder digital zahlen. Zugleich soll der Staat handlungsfähig bleiben, wo Bargeld zur Verschleierung von Straftaten genutzt wird. Deswegen bitte ich Sie, der Beschlussempfehlung zu folgen und den AfD-Antrag abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion Herr Abgeordneter Horst Arnold. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Horst Arnold (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, Bargeld ist in diesem Zusammenhang offensichtlich das Thema, das die AfD ins Grundgesetz aufnehmen will. Sie sind also die Partei des Grundgesetzes und der Verfassung. Wir stellen fest: Mehr Bagatelle geht nicht. Ohne Regelungsgegenstand geht es nicht; aber Sie bemühen das Grundgesetz. Ich leite daraus ab: Ihr Unterfangen ist eine Respektlosigkeit gegenüber der Bedeutung des Grundgesetzes in diesem Land.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ihr Unterfangen ist ein Missbrauch des Grundgesetzes in diesem Land, weil niemand in irgendeiner Art und Weise die Absicherung des Bargeldes nötig hat.

Zur Frage des Bargeldes. Mir als Freund der Strafverfolgung in früheren Zeiten ist beim Bargeld immer auch die Frage der Geldwäsche sehr nahe. Nun spielt Geldwäsche auch in Ihren Reihen eine Rolle. Ich weiß nicht, welche Ermittlungsergebnisse

dazu vorliegen, wie der Herr Krah möglicherweise entsprechende Schmiergeldzahlungen erhalten hat – mit Sicherheit nicht in Giralgeld, mit Sicherheit nicht digital, womöglich ist das in irgendwelchen Währungen geschehen, seien es chinesische Währungen oder nicht.

Aber genau das ist der Punkt: Wir haben hier eine Rechtsordnung. Alle sind Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Die werden nicht mit dem Verdacht überzogen, irgendwelche Straftaten zu begehen; aber der Ordnung halber ist klar, dass Bargelobergrenzen durch die EU eingezogen werden. Deutschland hat sie noch nicht, hat sie aber in kleinen Bereichen bereits eingeführt: anonyme Erwerbstatbestände auf Gold und sonstige Metallgegenstände gehen nur bis 2.000 Euro. Und warum? – Weil man sich in diesem Zusammenhang auch nicht Vermögenswerte schafft, die am Fiskus vorbeigeschafft werden könnten, und da wissen Sie ganz genau: Das Bargeld ist ein wichtiges Zahlungsmittel, muss aber genauso kontrolliert werden wie alle anderen Mittel, die geeignet sind, möglicherweise illegale Tatbestände zu erfüllen.

Eine Aufnahme Ihres Antrags in das Grundgesetz würde eine Herabstufung des Grundgesetzes bedeuten. Sie sorgen damit auch in der Öffentlichkeit dafür, dass das Grundgesetz nicht mehr ernst genommen wird. Demnächst, nach dem nächsten Urlaub auf Mallorca, kommen Sie noch daher und wollen das Absichern der Reservierung von irgendwelchen Liegen mit Handtüchern auch ins Grundgesetz aufnehmen, was vielleicht sinnvoller wäre.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Die namentliche Abstim-

mung findet in elektronischer Form statt. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 21:42 bis 21:45 Uhr)

Hatten alle Abgeordneten die Gelegenheit, ihre Stimme abzugeben? – Das scheint der Fall zu sein. Dann schließe ich die Abstimmung jetzt. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird nun außerhalb des Plenarsaals ermittelt und in Kürze bekannt gegeben.

(...)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege. – Während sich der nächste Redner, Jürgen Eberwein für die CSU-Fraktion, auf den Weg macht, gebe ich kurz das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Freiheit und Privatsphäre schützen – Recht auf Bargeld im Grundgesetz verankern", Drucksache 19/5959, bekannt: Mit Ja gestimmt haben 26 Abgeordnete, mit Nein gestimmt haben 114 Abgeordnete. Es gab keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.11.2025 zu Tagesordnungspunkt 9: Antrag der Abgeordneten  
 Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion AfD; Freiheit und Privatsphäre schützen -  
 Recht auf Bargeld im Grundgesetz verankern (Drucksache 19/5959)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin				Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan			
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter	X			Dr. Eiling-Hüting Ute			X
Arnold Horst		X		Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann			
Atzinger Oskar	X			Fackler Wolfgang			X
Bäumler Nicole		X		Fehlner Martina			X
Bauer Volker				Feichtmeier Christiane			X
Baumann Jörg	X			Flierl Alexander			
Baumgärtner Jürgen		X		Freller Karl			X
Baur Konrad				Freudenberger Thorsten			
Prof. Dr. Bausback Winfried	X			Friedl Patrick			X
Becher Johannes		X		Friesinger Sebastian			
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan			X
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert			
Behringer Martin	X			Gerlach Judith			X
Beißenwenger Eric				Gießübel Martina			X
Bergmüller Franz				Glauber Thorsten			
Bernreiter Christian				Gmelch Christin		X	
Birzele Andreas				Goller Mia			X
Blume Markus				Gotthardt Tobias			
Böhm Martin				Graupner Richard			X
Böltl Maximilian	X			Grießhammer Holger			
Bozoglu Cemal	X			Grob Alfred			X
Brannekämper Robert	X			Groß Johann			X
von Brunn Florian	X			Gross Sabine			X
Dr. Brunnhuber Martin				Grossmann Patrick			X
Dr. Büchler Markus				Guttenberger Petra			X
Celina Kerstin	X			Halbleib Volkmar			
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülsen				Hanna-Krahl Andreas			
Dierkes Rene	X			Hartmann Ludwig			X
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang			X
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard			X
Dietz Leo		X		Heisl Josef			X
Dorow Alex				Dr. Herrmann Florian			
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian			X
				Högl Petra			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X		Pargent Tim		X	
Hold Alexander		X		Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Holetschek Klaus		X		Pirner Thomas		X	
Holz Thomas		X		Pohl Bernhard			
Dr. Hopp Gerhard		X		Post Julia			
Huber Martin				Preidl Julian		X	
Huber Martin Andreas				Rasehorn Anna		X	
Huber Thomas		X		Rauscher Doris		X	
Huml Melanie		X		Reiß Tobias		X	
Jäckel Andreas		X		Rinderspacher Markus		X	
Jakob Marina				Rittel Anton			
Jungbauer Björn		X		Roon Elena			
Jurca Andreas	X			Saller Markus		X	
Kaniber Michaela				Schack Jenny		X	
Kaufmann Andreas		X		Schalk Andreas		X	
Kirchner Sandro		X		Scharf Martin		X	
Knoblach Paul		X		Scharf Ulrike			
Knoll Manuel		X		Scheuenstuhl Harry		X	
Köhler Claudia		X		Schießl Werner			
Köhler Florian	X			Schmid Franz		X	
Kohler Jochen		X		Schmid Josef		X	
Koller Michael		X		Schmidt Gabi			
Konrad Joachim		X		Schnotz Helmut		X	
Kraus Nikolaus		X		Schnürer Sascha			
Kühn Harald		X		Schöffel Martin		X	
Kurz Sanne		X		Schorer-Dremel Tanja		X	
Lausch Josef		X		Schreyer Kerstin		X	
Lettenbauer Eva				Schuberl Toni			
Lindinger Christian		X		Schuhknecht Stephanie			
Lipp Oskar				Schulze Katharina			
Locke Felix		X		Schwab Thorsten		X	
Löw Stefan	X			Dr. Schwartz Harald			
Dr. Loibl Petra		X		Seidenath Bernhard		X	
Ludwig Rainer		X		Siekmann Florian		X	
Magerl Roland	X			Singer Ulrich		X	
Maier Christoph		X		Dr. Söder Markus			
Mang Ferdinand		X		Sowa Ursula		X	
Mannes Gerd		X		Stadler Ralf		X	
Dr. Mehring Fabian				Stieglitz Werner		X	
Meier Johannes	X			Stock Martin		X	
Meußgeier Harald				Stolz Anna			
Meyer Stefan		X		Storm Ramona		X	
Miskowitsch Benjamin		X		Straub Karl		X	
Mistol Jürgen		X		Streibi Florian		X	
Mittag Martin		X		Striedl Markus		X	
Müller Johann	X			Dr. Strohmayer Simone			
Müller Ruth				Stümpfig Martin		X	
Müller Ulrike				Tasdelen Arif		X	
Nolte Benjamin	X			Tomaschko Peter			
Nussel Walter		X		Toso Roswitha		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X		Trautner Carolina		X	
Osgyan Verena		X		Triebel Gabriele			
				Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias	X		
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus	X		
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth		X	
<b>Weber</b> Laura			
Dr. <b>Weigand</b> Sabine			
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja			
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Winhart</b> Andreas	X		
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno			
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas			
<b>Zwanziger</b> Christian		X	
<b>Gesamtsumme</b>	26	114	0